Antrag

Fraktion der CDU

Hannover, den 16.09.2014

Förderung von Brennstoffzellen als Zukunftstechnologie für eine hocheffektive Wärme- und Stromversorgung im Gebäudesektor

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Stationäre Brennstoffzellen sind eine innovative, hocheffiziente und industriepolitisch bedeutsame Technologie, die hohe Wirkungsgrade bei der Erzeugung von Strom und Wärme aus Erdgas liefert und sich durch hohe Umweltverträglichkeit und Exportpotenziale auszeichnet.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- 1. die Nutzung der Brennstofftechnologie und deren Markteinführung finanziell zu fördern,
- die Landesinitiative "Energiespeicher und -systeme" um diesen Bereich zu erweitern,
- 3. Maßnahmen zu ergreifen, um Niedersachsen zu einem Forschungsschwerpunkt für Brennstoffzellentechnologie zu entwickeln.

Begründung

Beim Einsatz von Erdgas-basierten Brennstoffzellen-Heizgeräten (BZH) in privaten und gewerblichen Gebäuden kann der CO₂-Ausstoß gegenüber den heute zum großen Teil überalterten konventionellen Wärmerzeugern um bis zu 50 % reduziert werden. Das erwartete BZH-Portfolio bietet sowohl im Gebäudebestand als auch im Neubau geringen Installationsaufwand im Vergleich zu anderen Effizienztechnologien. Darüber hinaus erfüllt die BZH, sowohl im sanierten Bestand als auch im Neubau, ideal die steigenden Anforderungen an einen sinkenden Wärmebedarf.

BZH können überall dort eingesetzt werden, wo gasbasierte Technologien (Gas-Brennwertkessel und Gas-Niedertemperaturkessel) Anwendung finden. Insgesamt bieten BZH 12,5 Mio. gasbasierten Wärmeerzeugern eine den klima- und energiepolitischen Zielen im Gebäudesektor entsprechende Perspektive.

BZH unterstützen nicht nur den Umbau der deutschen Stromversorgung durch den Einsatz von dezentralen Erzeugungstechnologien mit höchsten Wirkungsgraden. Vielmehr leisten sie durch die gekoppelte Umwandlung und die schnelle Regelbarkeit einen sinnvollen Beitrag zur Ergänzung des fluktuierenden Stromangebots aus den erneuerbaren Energien Wind und Sonne. Gleichzeitig tragen sie durch einen sehr hohen Eigenstromanteil zur Netzentlastung und -stabilität auf der Verteilnetzebene bei. Zukünftig ist auch eine Beteiligung am Regelenergiemarkt im Rahmen eines virtuellen Kraftwerks realisierbar.

Attraktiv ist die Technik zudem, weil sie auf die bestehende und gut ausgebaute Erdgas-Infrastruktur zurückgreift und somit auch einen hochwertigen Verwendungspfad für Biomethan darstellt. Zukünftig können BZH auch Energie aus Power-to-Gas-Anlagen höchst effizient in Strom und Wärme umwandeln. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutung von Power-to-Gas für die künftige Speicherung und somit den Ausbau fluktuierender erneuerbarer Energien maßgeblich.

Seit 2008 bildet das "Nationale Innovationsprogramm Wasserstoff und Brennstoffzellentechnologie" (NIP) den Rahmen, um Forschung und Entwicklung mit dem Fokus auf Demonstration im Alltags-

betrieb voranzutreiben. Die Brennstoffzelle ist nicht zuletzt aufgrund dieses Förderengagements zur technischen Marktreife gelangt.

Zahlreiche Feldtests und die angehende Serienproduktion erster Hersteller haben bewiesen, dass BZH technisch ausgereift sind. Allerdings gestaltet sich die kommerzielle Markteinführung aufgrund der heute noch hohen Investitionskosten schwierig: Technologische Entwicklungssprünge und die Umsetzung von Skaleneffekten werden zu einer deutlichen Kostensenkung in den nächsten Jahren führen. Bis dahin bedarf es jedoch einer politischen Unterstützung und zeitlich begrenzten, stark degressiven Förderung, um den Markteintritt zum Nutzen der Endkunden zu erleichtern. Andere Bundesländer haben dieses Potenzial bereits erkannt. So fördern Nordrhein-Westfalen (250 Mio. Euro über mehrere Jahre verteilt; bis zu 13 000 Euro/Brennstoffzelle), Baden-Württemberg (geplant 1 Mio. Euro für zwei Jahre) und Sachsen (ca. 3 Mio. Euro für Brennstoffzelle und Stromspeicher) diese Technologie bereits. Auch in Hessen gibt es entsprechende Überlegungen. Niedersachsen darf hier als Vorreiter bei den erneuerbaren Energien nicht den Anschluss verlieren.

Björn Thümler Fraktionsvorsitzender